



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe März/April 2018

Deutschland wird zweitwichtigster Geldgeber für UNHCR

Deutschland hat im vergangenen Jahr insgesamt 477 Millionen Dollar – das sind umgerechnet 385 Millionen Euro – für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Bundesrepublik zum zweitwichtigsten Geldgeber der Organisation. Wie das Hilfswerk weiter mitteilte, kamen zu dem Betrag noch rund 29 Millionen Dollar von privaten deutschen Spendern hinzu.



Demnach übertraf der Beitrag Deutschlands auch die von der gesamten EU eingebrachten Mittel in Höhe von 436 Millionen Dollar. Die Gemeinschaft rutsche damit auf Rang drei der Geberliste ab. Die meisten Mittel für das UNHCR kamen aus den USA mit rund 1,5 Milliarden Dollar, wie das Flüchtlingshilfswerk bekannt gab. An vierter und fünfter Stelle folgten Japan mit 152 Millionen und Großbritannien mit 136 Millionen Dollar.



shutterstock, OBIM

Gericht: Syrischen Wehrdienstverweigerern steht Flüchtlingsstatus zu

Syrer, die in ihrer Heimat nicht zum Wehrdienst angetreten und geflüchtet sind, müssen als Flüchtlinge anerkannt werden. So hat jüngst der 5. Senat des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts in Bautzen entschieden. Zur Begründung hieß es, den Geflüchteten drohe wegen ihrer Wehrdienstverweigerung in Syrien politische Verfolgung.

Zuvor wurde ihnen lediglich ein subsidiärer Schutzstatus zuerkannt. Dadurch gab es Einschränkungen beim Familiennachzug. Dagegen hatten Syrer vor verschiedenen Verwaltungsgerichten geklagt, die zu unterschiedlichen Urteilen gekommen waren.

USA verlängern Aufenthaltserlaubnis für syrische Kriegsflüchtlinge

Rund 7.000 syrische Flüchtlinge sollen für weitere 18 Monate in den USA bleiben dürfen. Die Aufenthaltserlaubnis der Betroffenen werde wegen des andauernden Bürgerkriegs in ihrem Heimatland um mindestens eineinhalb Jahre verlängert, teilte das US-Ministerium für Innere Sicherheit mit. Ohne diese Verlängerung hätten die Kriegsflüchtlinge im März nach Syrien zurückkehren müssen.

Die Trump-Regierung will das Schutzprogramm für syrische Flüchtlinge (TPS) jedoch nicht fortsetzen. Man werde keine neuen Anträge genehmigen, wenn das aktuelle Programm im März beendet sei. Die befristete Schutzregelung für syrische Flüchtlinge hatte die Regierung von Barack Obama im Jahr 2012 geschaffen. Seitdem war das Programm mehrfach verlängert worden, weil sich ein Ende des Krieges in Syrien nicht abzeichnete.

Studie: Deutschland reagierte mit vielfältigen Maßnahmen auf Anstieg der Fluchtmigration

Deutschland ist in den vergangenen Jahren ein zentrales Ziel- und Aufnahmeland für Menschen gewesen, die nach Europa flüchteten. Im Zeitraum von 2014 bis Juni 2017 kamen rund 1,5 Millionen Schutzsuchende hierhin. Dabei konzentrierte sich ein Großteil der Einreisen auf den Zeitraum Juli 2015 bis Februar 2016. Der große Anstieg an Fluchtmigration in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit führte hierzulande zu einer deutlichen Überlastung. Das ist die Ausgangssituation einer aktuellen Studie des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) zum Thema „Fluchtmigration 2014 bis 2016. Reaktionen und Maßnahmen in Deutschland“. Die Untersuchung zeigt die Maßnahmen auf, die hierzulande in Reaktion auf die Herausforderungen durch die verstärkte Fluchtmigration in den Jahren 2014 bis 2016 ergriffen wurden, von der Grenzkontrolle bis zum Abschluss des Asylverfahrens.



shutterstock, Monkey Business Images

Zunächst listet die Studie auf, welche Bereiche alle mit dem rapiden Anstieg der Einreisen im genannten Zeitraum überfordert waren. Probleme gab es demnach insbesondere bei den etablierten Verwaltungsstrukturen, der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen, bei der Registrierung der Asylsuchenden, bei der Bearbeitung der Asylanträge, bei den Asylverfahren insgesamt, bei den Verwaltungsgerichten aufgrund eines signifikanten Anstiegs an Klagen gegen Asylbescheide, bei der Folgeunterbringung, bei der zeitnahen gesellschaftlichen Teilhabe und beim Zugang zu Integrationskursen. Als Wechselwirkung führte etwa die anfängliche Überlastung von Verwaltungsstrukturen in Deutschland zu einem erheblichen Rückstau bei der Antragsannahme und -bearbeitung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Als eine wesentliche Erkenntnis der Untersuchung hebt Janne Grote, Hauptautor der EMN-Studie, speziell die be-

eindruckende Vielzahl und Vielfalt der Maßnahmen hervor, mit denen sich viele Akteure dieser Gesellschaft bemühten, die vielen Herausforderungen zu bewältigen. Die problematische Situation – insbesondere in den Jahren 2014 bis 2016 – sei schließlich Auslöser für Dutzende bundesweite, Hunderte regionale und Tausende lokale Maßnahmen, Reaktionen und Initiativen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure zur Entlastung und Sicherstellung geregelter und verlässlicher Abläufe und Aufnahmeprozesse gewesen, heißt es in der Studie.

Demnach brachte die stark gestiegene Fluchtmigration auf nationaler Ebene zudem vielfältige neue Kooperationen wichtiger Akteure mit sich: so etwa eine engere Zusammenarbeit zwischen dem BAMF und der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie eine engere Verknüpfung von Verfahrensschritten im Rahmen des „integrierten Flüchtlingsmanagements“. Dabei intensivierten beide Behörden die bereits ab 2014 engere Zusammenarbeit 2015 „über alle Bereiche des Verwaltungshandeln“ hinweg noch einmal.

Die Kooperation erstreckte sich ebenfalls auf neue flüchtlingspolitische Maßnahmen. So verband man die Informationsvermittlung über den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die personenbezogene Datenerfassung der Asylantragstellenden durch die BA deutlich enger mit dem gesamten Asylprozess und schloss

sie unmittelbar an die Antragstellung in den neu geschaffenen Ankunftscentren an. Ferner sei eine neue Dimension des ebenen- und behördenübergreifenden Datenaustauschs auf Basis des Ausländerzentralregisters erreicht worden, stellen die Verfasser der Studie fest, ebenso wie neue Kooperationen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und des Ehrenamts.

Laut der EMN-Studie konzentrierten sich die Maßnahmen, mit denen auf die drastisch zunehmenden Einreisen nach Deutschland in den Berichtsjahren reagiert wurde, auf insgesamt acht Themenfelder: Grenzkontrollen, Unterbringung, erste Unterstützungsleistungen, Registrierung, Asylverfahren, Infrastruktur und Personal, Sicherheit und Strafverfolgung sowie Integrationsmaßnahmen vor Beendigung der Asylverfahren. Diese vielen und vielfältigen Maßnahmen reichten von erweiterten Regelstrukturen, der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, der Ehrenamtskoordinierung, über einen früheren Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt für bestimmte Herkunftsgruppen, bis hin zu restriktiven Maßnahmen für Asylantragstellende aus sicheren Herkunftsstaaten und die Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte.

Nach dem starken Rückgang der Anzahl neu ankommender Asylsuchender ab Frühjahr 2016 seien die neu geschaffenen Strukturen stabilisiert, Abläufe vereinheitlicht, Qualitätsstandards (wieder-)eingeführt und Beschäftigte nachgeschult worden, konstatiert die Studie. Außerdem habe man den Austausch unter den einzelnen Akteuren intensiviert. Darüber hinaus seien aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre erste Lehren gezogen worden, heißt es weiter, wie man mit einer möglichen Zunahme der Fluchtmigration nach Deutschland zukünftig umgehen könne.

Studie der Bertelsmann Stiftung:

- ▶ **gesellschaftlicher Zusammenhalt** in Deutschland ist besser als vielfach unterstellt
- ▶ auch wachsende **kulturelle Vielfalt** steht dem **Gemeinsinn** nicht entgegen
- ▶ Menschen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen **werden in hohem Maß akzeptiert**
- ▶ für Zusammenhalt spielt es auch **keine Rolle, wie viele** Ausländer und Migranten in einer Region leben
- ▶ dennoch halten **drei Viertel der Deutschen** den gesellschaftlichen Zusammenhalt zumindest für **teilweise gefährdet**
- ▶ Zusammenhalt ist dort besonders gefährdet, wo **Armut, Jugendarbeitslosigkeit** und **Überalterung** der Bevölkerung hoch sind
- ▶ vor allem eine hohe **Jugendarbeitslosigkeit** wirkt sich **negativ** auf das Gemeinschaftsgefühl aus; Gleiches gilt für Regionen mit hohem Anteil von Schulabgängern **ohne Schulabschluss** und **überalterter** Bevölkerung
- ▶ Zusammenhalt ist dort **höher**, wo durchschnittliches **Wohlstandsniveau hoch** ist und wo mehr Menschen gegenüber der **Globalisierung positiv** eingestellt sind.
- ▶ nur **wenige Deutsche** halten die **Verteilung** wirtschaftlicher Güter für **gerecht**
- ▶ deutliche **Spaltung** beim sozialen Miteinander zwischen **Ost und West** sowie zwischen **strukturschwachen** und **wohlhabenden** Regionen
- ▶ um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, sollte **soziale Ungleichheit verringert, Armut verhindert** sowie insbesondere die **ökonomische Situation** in den neuen Bundesländern **weiter verbessert** werden

Studie: Mehr Flüchtlinge könnten studieren

Im Jahr 2020 werden in deutschen Hochschulen bis zu 40.000 Flüchtlinge eingeschrieben sein. Das hat jetzt eine gemeinsame Studie (Hochschul-Bildungs-Report 2017/18) des Stifterverbands und der Unternehmensberatung McKinsey ergeben. Demnach könnte die Zahl dieser Studenten jedoch doppelt so hoch sein, wenn Faktoren wie fehlende Sprachkenntnisse, gesundheitliche Probleme und finanzielle Hürden beseitigt würden. Die Motivation vieler Flüchtlinge in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland sei besonders hoch, heißt es in der Untersuchung.



shutterstock, biz/88

Dieses Potenzial sollte nach Ansicht der Verfasser der Studie besser genutzt werden. Dazu schlagen sie vor, die Dauer von der Einreise bis zur Aufnahme eines Studiums durch Ausbau und Förderung von studienvorbereitenden Sprach- und fachlichen Kursen an Hochschulen zu verkürzen. Zudem sollte die richtige Zuordnung von Flüchtlingen im Bildungssystem durch eine Erfassung von Kompetenzen, gekoppelt an eine frühzeitige Bildungsberatung, sichergestellt werden.

RWI: Kein pauschaler Anstieg der Kriminalität durch Flüchtlingszuzug

Eine aktuelle Studie des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen kommt jetzt zu dem Ergebnis, dass der starke Flüchtlingszuzug nach Deutschland zwischen den Jahren 2010 und 2015 keinen pauschalen Anstieg der Kriminalität zur Folge hat. Allerdings lassen demnach die anerkannten Flüchtlinge das durchschnittliche Kriminalitätsniveau insbesondere durch gewaltfreie Delikte wie Diebstahl und Betrug steigen. Das RWI untersuchte erstmals getrennt den ursächlichen Einfluss der Zuwanderung von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen auf verschiedene Deliktarten in Deutschland.

Eine Analyse aller Deliktarten zeige, dass ein Anstieg des Anteils von Asylbewerbern in einem Kreis um einen Prozentpunkt den dortigen Anteil der tatverdächtigen Asylbewerber nur geringfügig um ungefähr 0,01 erhöhe, erläutert das RWI. Das entspricht demnach einem tatverdächtigen Asylbewerber pro 100 Einwohner. Dabei handele es sich vielfach um migrationspezifische Delikte, wie etwa Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, die von Einheimischen gar nicht begangen werden

können, stellen die Forscher fest. Rechnet man diese Art der Delikte aus der Kriminalstatistik heraus, verändere sich die Kriminalitätsrate in einem Kreis durch den Zuzug Asylsuchender nicht auffällig.

Anders bei der Gruppe der anerkannten Flüchtlinge, selbst wenn man migrationspezifische Delikte herausnimmt: Steige der Anteil der anerkannten Flüchtlinge im Kreis um einen Prozentpunkt, so erhöhe dies den Anteil der tatverdächtigen anerkannten Flüchtlinge um gut 0,4 Tatverdächtige pro 100 Einwohner, berichtet die RWI-Studie. Dabei gehe es vor allem um gewaltfreie Delikte wie Diebstahl und Betrug. Bei Gewaltverbrechen, Raub oder Sexualdelikten ist demnach kein signifikanter Anstieg der Kriminalitätsraten festzustellen.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen

